

IM BLICKPUNKT

**Zehn Empfehlungen zum
Umgang mit Informationsstrukturen
zur Beurteilung von Leistungen in
Forschung, Lehre und Studium**

Sigrun Nickel
Sindy Duong
Saskia Ulrich

CHE
Centrum für
Hochschulentwicklung

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Sigrun Nickel, Sindy Duong, Saskia Ulrich

Zehn Empfehlungen
zum Umgang mit Informationsstrukturen zur Beurteilung
von Leistungen in Forschung, Lehre und Studium

November 2013

Förderkennzeichen M506400



Gefördert vom

CHE gemeinnütziges Centrum für Hochschulentwicklung
Verler Straße 6
D-33332 Gütersloh

Telefon: ++49 (0) 5241 97 61 0

Telefax: ++49 (0) 5241 9761 40

E-Mail: info@che.de

Internet: www.che.de

ISBN 978-3-941927-35-3

Hintergrund und Ausgangslage

Ob durch Evaluationen, Akkreditierungen, indikatorengestützte Leistungsvergleiche oder wissenschaftliche Studien – Informationen zur Beurteilung von Leistungen in Forschung, Lehre und Studium gibt es im deutschen Wissenschaftssystem in Hülle und Fülle. Insgesamt ist im Bundesgebiet eine vielfältige Szene an Organisationen entstanden, die Daten bezogen auf Hochschulen und Forschungseinrichtungen produzieren. Doch wer sind die Akteure und welche Erkenntnisse stellen sie Wissenschaft und Ministerien zur Verfügung? Was bislang fehlte, war ein Überblick über das seit den 1990er-Jahren dynamisch wachsende Feld. Um diese Lücke zu schließen, hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) eine Studie des CHE gefördert, die erstmals die in Deutschland bestehenden Informationsstrukturen in einer Momentaufnahme transparent macht und zudem Vorschläge zu deren Weiterentwicklung aufzeigt.

Im Rahmen des Arbeitspapiers Nr. 172 „Informationsstrukturen zur Beurteilung von Leistungen in Forschung, Lehre und Studium“¹ hat das CHE 47 nationale und 20 supranationale Institutionen untersucht, die in unterschiedlicher Weise Informationen erstellen, die eine Beurteilung von Forschungsleistungen ermöglichen. Im Bereich Lehre und Studium wurden 49 nationale und 14 supranationale Institutionen erfasst, die Informationen zur Leistungsbeurteilung bereitstellen. Ergänzend dazu hat das CHE Interviews mit zehn Expert(inn)en aus Deutschland und drei Expert(inn)en aus dem Ausland durchgeführt und insbesondere mit Blick auf den möglicherweise bestehenden Veränderungs- und Entwicklungsbedarf hinsichtlich der Informationsstrukturen zur Leistungsbeurteilung ausgewertet.

Insgesamt zeichnet sich Deutschland im Vergleich zu anderen Wissenschaftssystemen wie Großbritannien, Kanada und Österreich durch ein überdurchschnittlich großes Informationsangebot zur Beurteilung wissenschaftlicher Leistungen aus. Ministerien, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und anderen Abnehmern fehlt jedoch häufig der Überblick, welche Daten schon erhoben wurden, sodass sie die Daten nur eingeschränkt nutzen können. Insgesamt sind mehr Koordination und Kooperation nötig, so ein wesentliches Fazit der CHE-Studie. Allerdings sollte es nicht zu Monopolen in der Datenbereitstellung kommen, so die Auffassung vieler Expert(inn)en, die im Rahmen der CHE-Studie befragt wurden. Im Gegenteil: Vielfalt und Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Informationsproduzenten seien für die Qualität der wissenschaftsbezogenen Informationen förderlich. Insgesamt, so haben nicht zuletzt die im Rahmen dieser Studie geführten Experteninterviews gezeigt, gibt es bezogen auf die bestehenden Informationsstrukturen zur Leistungsbeurteilung im deutschen Wissenschaftssystem einigen Veränderungs- und Entwicklungsbedarf. Die in der Studie identifizierten Probleme und Lösungsansätze wurden im Hinblick auf das Gesamtsystem zu den folgenden zehn Empfehlungen verdichtet.

¹ Nickel, Sigrun; Duong, Sindy; Ulrich, Saskia: Informationsstrukturen zur Beurteilung von Leistungen in Forschung, Lehre und Studium. Akteure und Datenangebote in Deutschland, Gütersloh, 2013, Online unter http://www.che.de/downloads/Leistungsbewertung_in_der_Wissenschaft.pdf.

1. Die steigende Zahl an Institutionen mit Informationen zur Beurteilung von Leistungen in Forschung, Lehre und Studium ist ein folgerichtiges Resultat der Umstellung auf eine ergebnisorientierte Steuerung.

In den betrachteten Ländern Deutschland, Großbritannien, Österreich und Kanada hat sich gezeigt, dass es einen Zusammenhang zwischen den Governance-Strukturen und dem Aufkommen an intermediär tätigen Einrichtungen mit Informationen zur Beurteilung von Leistungen in Forschung, Lehre und Studium gibt. In Staaten wie Deutschland, Großbritannien und Österreich, die ihre Steuerung wissenschaftlicher Einrichtungen auf eine stärkere Ergebnisorientierung bei gleichzeitig erweiterter institutioneller Autonomie umgestellt haben, ist der Informationsbedarf generell gewachsen. Das gilt sowohl für die staatliche Ebene als auch für die Ebene der Hochschulen und Forschungseinrichtungen. In Deutschland sind insbesondere seit Anfang der 1990er Jahre eine Vielzahl von intermediär tätigen Institutionen entstanden: Auf beiden Seiten besteht also anders als noch vor 25 Jahren inzwischen ein Interesse an Daten, die helfen, Entscheidungen evidenzbasiert zu treffen und argumentativ zu untermauern. Die benötigten Informationen werden dabei allerdings insbesondere auf staatlicher Seite häufig nicht selber produziert. Vielmehr werden dazu entsprechende Aufträge an intermediäre Institutionen vergeben bzw. in Wettbewerbsverfahren ausgeschrieben. Aber auch bei anderen Gelegenheiten kommen externe Akteure zum Zuge, so beispielsweise, wenn Universitäten und Fachhochschulen ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Akkreditierung von Studiengängen bzw. Qualitätssicherungssystemen für Lehre und Studium nachkommen und zu diesem Zweck Agenturen engagieren, die bei ihnen entsprechende Evaluations- und Zertifizierungsverfahren durchführen. Insgesamt lässt sich die im Rahmen der vorliegenden Studie aufgezeigte Entwicklung hin zu einem überaus großen und breit angelegten Feld nationaler und supranationaler Institutionen mit Informationsangeboten zu Forschung, Lehre und Studium als konsequente Folge der veränderten Governance-Modi im deutschen Wissenschaftssystem charakterisieren. Nichtsdestotrotz muss die Entwicklung aufmerksam beobachtet werden. Auch wenn der Trend als Reaktion auf die neue Steuerung als folgerichtig erscheint, können Probleme auftreten.

2. Insgesamt zeichnet sich die Informationsstruktur durch eine hohe Dichte und Unübersichtlichkeit aus. Daher sind Ansätze zu finden, mit der Datenfülle besser umzugehen.

Eines der Probleme, welches von den befragten nationalen Expert(inn)en benannt wurde, ist die Flut an unterschiedlichen Informationen. Die vorliegende Untersuchung hat gezeigt, dass mittlerweile 47 Institutionen mit Sitz im In- und Ausland mit forschungsbezogenen Informationen im deutschen Wissenschaftssystem aktiv sind. Im Bereich Studium und Lehre sind es sogar 49 Institutionen. Zwei Probleme zeigen sich zunehmend:

- Für Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, aber auch Ministerien, Forschungsfördereinrichtungen und anderen Abnehmern der dargebotenen Informationen ist es schwer möglich, den Überblick zu behalten, welche Daten vorhanden sind sowie die extern gewonnen und aufbereitenden Daten umfassend zu nutzen.
- Die Vielzahl von Datenabfragen führt die Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen an administrative Kapazitätsgrenzen, z.T. noch

verschärft durch die Mehrfachabfrage ähnlicher (aber oft nicht genau gleicher) Daten durch verschiedene Einrichtungen.

Zum besseren Umgang mit der Datenfülle zeigen sich in den internationalen Vergleichsländern drei Ansatzpunkte: Eine Regulierung der Datenproduzenten, eine Harmonisierung der Daten oder eine Umkehr in den Steuerungssystemen.

In Großbritannien sind z.B. Forschungsdaten höchst steuerungsrelevant. Entsprechend sind auch die nationalen Informationsstrukturen sehr dezidiert vom Staat gestaltet worden, mit klaren Rollenzuweisungen für unterschiedliche Organisationen. Dies reduziert die Gefahr von Mehrfacherhebungen. Würde es auch in Deutschland gemeinsame Regeln über Definitionen von Daten und Indikatoren geben, würde der Erhebungsaufwand sinken, weil unterschiedliche Interessen mit demselben Datenbestand bedient werden könnten. Alternativ dazu könnte man orientiert an dem kanadischen System, eine Reduzierung von datengestützter Steuerung im deutschen Wissenschaftssystem fordern. Doch in einer Situation, in der zukünftig die Verteilungskämpfe beispielsweise über die Grenzen des Bildungssystems hinweg noch zunehmen werden, erscheint dies für das deutsche Wissenschaftssystem eine riskante Strategie: Das nach kanadischer Erfahrung erforderliche besondere öffentliche Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des nationalen Wissenschaftssystems, das eine auskömmliche Finanzierung auch ohne Leistungstransparenz gewährt, kann für Deutschland so nicht vorausgesetzt werden. Hier werden stattdessen institutionelle Autonomie und Rechenschaft im Rahmen der staatlichen Steuerung als zusammengehörige Elemente betrachtet - eine Reduzierung der „accountability“ würde also auch aus Sicht der Hochschulen und Forschungseinrichtungen den erreichten Stand der institutionellen Autonomie in Gefahr bringen.

3. Eine zentrale Strategie zur Reduktion der Datenfülle sollte eine konsequentere Nutzenorientierung sein.

In Deutschland wird zu wenig gefragt, welche Daten für welchen Zweck von Staat, Hochschulen und Forschungseinrichtungen für ihre Entscheidungsprozesse tatsächlich gebraucht werden. Ziel kann nicht sein, in Deutschland noch mehr Daten zur Beurteilung von Forschung, Lehre und Studium bereitzustellen. Bei der Bereitstellung von Informationen zur Beurteilung von Forschung, Lehre und Studium sollten also eher nicht nach neuen Erhebungsfeldern gesucht, sondern eine Fokussierung durch verstärkte Nutzenorientierung erreicht werden. Auftraggeber und Produzenten tragen eine Verantwortung dafür, dass Informationen nicht in die Welt gesetzt werden, ohne dass klar ist, was mit ihnen gemacht wird. Aus Sicht der befragten nationalen Expert(inn)en ist es z.B. wichtig, Hilfestellungen bei der Interpretation insbesondere forschungsbezogener Daten zu erhalten. Hinzukommen müssen zudem Möglichkeiten, aktiven Widerspruch einlegen zu können, wenn Daten verfehlt eingesetzt werden. So zeigen die zur Verfügung gestellten Informationen häufig nur Symptome an, liefern aber keine Erklärungen zu Ursachen - in diesem Fall kann man ohne Einbindung der Daten in Abwägungs- und Diskussionsprozesse keine fundierten Entscheidungen ableiten, die Informationen landen auf dem berühmten „Datenfriedhof“. Ein Auswahlkriterium für Informationsangebote intermediär tätiger Einrichtungen könnte also sein, dass sie für evidenzbasierte Entscheidungen tauglich sind. Klar ist, dass Informationen den Interpretationsspielraum der handelnden Personen nicht ersetzen können. Dennoch müssen die Daten nachvollziehbar, aussagekräftig und überzeugend sein, um einen Nutzen zu entfalten. Beispielsweise können schlechte Leistungsdaten in der Forschung

gleichermaßen bedeuten, dass an dieser Stelle Geld gekürzt oder auch Geld investiert werden sollte. Entscheidungen sollten unterstützt, aber nicht durch Daten ersetzt werden. Die intermediären Informationsproduzenten tragen an dieser Stelle eine Verantwortung und sollten diese wahrnehmen.

4. Trotz der immensen Datenfülle müssen die in einigen Bereichen bestehenden Informationslücken geschlossen werden.

In den Interviews mit den nationalen Expert(inn)en haben sich Hinweise ergeben, dass im Bereich Nachwuchswissenschaftler(innen), Postdocs u.ä. mehr Informationen notwendig sind. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass Informationen zur Beurteilung von Leistungen in Forschung, Lehre und Studium für manche Entscheidungssituationen auch noch mit anderen, eher administrativen Daten zusammengeführt werden müssten. Es wurde z.B. bemängelt, dass umfassende Informationen über die Finanzierung von Hochschulen nur sehr eingeschränkt zur Verfügung stehen.

5. Zentralisierung, Koordination und Kooperation sind mit Augenmaß und an den geeigneten Stellen nötig.

Aus den nationalen Experteninterviews haben sich zwei Punkte ergeben, die den in Deutschland vorhandenen Wettbewerb der in- und ausländischen Informationsproduzenten als Stärke des deutschen Systems erscheinen lassen: Einerseits ist die Vielfalt der Akteure Voraussetzung für Kreativität und Innovationsfähigkeit, denn viele kleine Institutionen können neue Vorgehensweisen ausprobieren. Genauso fördert die Heterogenität des Feldes die Anpassung an die Bedürfnisse der Informationsabnehmer, d.h. in erster Linie Ministerien, Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Einzelne Informationsproduzenten haben die Möglichkeit, sich auf bestimmte Sparten und Nutzergruppen zu spezialisieren und spezifisch für diese, zugeschnittene Auswertungen anzubieten. Bei einem zentral organisierten Datenangebot geht ein Stück dieser Flexibilität verloren, so auch z.B. bei den sehr normierten Wissensbilanzen in Österreich.

Dennoch gibt es auch Gründe für ein regulierendes staatliches Eingreifen in den Wettbewerb, wie es beispielsweise Großbritannien macht, und zwar in dreierlei Hinsicht:

- *Koordination*: Es sollte gesetzte Spielregeln geben, z.B. in Form von Standards für Datendefinitionen und -formate;
- *Kooperation*: Die Institutionen mit Informationsangeboten zur Beurteilung von Forschung, Lehre und Studium können untereinander Verabredungen treffen, beispielsweise ebenfalls in Bezug auf Datendefinitionen;
- *Zentralisierung*: Angebote könnten zentralisiert und gebündelt werden.

Entscheidend ist die richtige Balance zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung. Sowohl die Interviewpartner(innen) aus Deutschland als auch aus dem Ausland haben deutlich gemacht, dass ein einziger dominierender staatlicher Anbieter für Leistungsdaten nicht wünschenswert ist. Diese Form von Zentralisierung würde nach Ansicht der befragten nationalen und internationalen Expert(inn)en für übermäßige Starrheit sorgen und nicht zuletzt auch die Gefahr erzeugen, dass die Informationen den Charakter einer Kontrolle „von oben“ anstelle einer Serviceorientierung für dezentrale Entscheidungsprozesse erhalten. Dennoch kann es sinnvoll sein, im wettbewerblichen Feld eine oder mehrere größere

intermediär tätige Institutionen mit forschungs- und lehrbezogenen Informationen zu etablieren, um im internationalen Kontext eine wahrnehmbare Rolle spielen zu können.

Eine Zentralisierung macht ebenfalls Sinn bei der Definition und Festlegung von klaren Standards zur Vereinheitlichung von Datenerhebung und Erleichterung des Datenaustauschs zwischen verschiedenen Akteuren. Initiativen dazu gibt es bereits und zwar vor allem bezogen auf den Forschungsbereich. So empfiehlt beispielsweise der Wissenschaftsrat den Aufbau eines Kerndatensatzes Forschung. Mit dem Kerndatensatz soll keine nationale Forschungsdatenbank aufgebaut werden, sondern die Daten sollen auch weiterhin dezentral von den Hochschulen und Forschungseinrichtungen kontrolliert und weitergegeben werden. Die konkrete Umsetzung des Kerndatensatzes Forschung wirft allerdings noch viele Fragen auf. Der Erfolg des geplanten Kerndatensatzes Forschung beruht entscheidend darauf, dass er so entwickelt wird, dass er von möglichst vielen intermediär tätigen Informationsproduzenten genutzt werden kann, sodass diese auf eigene Datenerhebungen in Zukunft verzichten können.

Im Bereich Lehre und Studium scheint vor dem Hintergrund der Entwicklung in den Vergleichsländern Großbritannien und Österreich eine stärkere Zentralisierung des Akkreditierungsbereichs überlegenswert. Im deutschen Hochschulbereich konkurrieren derzeit zehn vom Akkreditierungsrat zugelassene und weitere supranationale Agenturen um Aufträge der Hochschulen. Dabei handelt es sich überwiegend um private Non-Profit-Organisationen. Im Gegensatz dazu gibt es in diesem Bereich in den Vergleichsländern Großbritannien und Österreich nur eine Einrichtung, die zudem staatlich finanziert ist. Kanada verzichtet sogar ganz auf ein einheitliches nationales Akkreditierungssystem. Keines der Vergleichsländer besitzt also ein derart ausdifferenziertes und unübersichtliches Informationssystem bezogen auf die externe Qualitätssicherung von Lehre und Studium wie Deutschland. Vor diesem Hintergrund wurde von den befragten nationalen Expert(inn)en mehr Transparenz bezogen auf die Ergebnisse der Akkreditierungsverfahren in deutschen Hochschulen gefordert.

Insgesamt kommt dem Staat bei einer verbesserten Abstimmung der Informationsangebote eine entscheidende Rolle zu, wird doch der überwiegende Teil in seinem Auftrag erstellt. Das Volumen der staatlichen Aufträge und Förderprogramme hat also einen erheblichen Einfluss auf die Menge der Daten, die von den ausführenden Einrichtungen produziert werden. In den nationalen Experteninterviews wird dazu eine bessere Abstimmung zwischen Bund und Ländern angeregt. Aber auch die informationsproduzierenden Institutionen sind gefordert, sich unabhängig von staatlichen Initiativen stärker zu koordinieren und abzustimmen. Dabei sind der Austausch von Daten (Schaffung von Verfügbarkeit von Daten) und die Absprache von Erhebungen als besonders zentrale Maßnahmen einzustufen. Dies setzt indes voraus, dass der Wettbewerb der Informationsproduzenten nicht so stark wird, dass die Zusammenarbeit aus Furcht vor dem Verlust der Konkurrenzfähigkeit unterbleibt.

6. Eine bundeslandübergreifende Einigung auf gemeinsame Grunddatensets an Kennzahlen für die leistungsorientierte Mittelverteilung ist empfehlenswert.

Informationen zur Beurteilung von Leistungen in Forschung, Lehre und Studium gehen in Deutschland teilweise sehr direkt in die staatliche Mittelverteilung ein oder sie speisen andere auf staatlicher Ebene verlangte Kennzahlensets. Hier ist eine übergreifende Koordination und Standardisierung besonders geboten - ein reduzierter Grunddatenbestand

für solche Zwecke, auf den sich Bund und alle 16 Länder in Deutschland einigen, wäre sicherlich hilfreich. In der Mittelverteilung kann es allerdings auch sein, dass unterschiedliche staatliche Ziele verschiedene Indikatoren erfordern. Deshalb müssen lehr- und forschungsbezogene Informationen aber auch flexibel und individuell erhoben und aufbereitet werden. Notwendige Schritte in Richtung Standardisierung und einheitlicher Grunddatensets dürfen also die bestehende Bandbreite an Informationsangeboten nicht gefährden. Problematisch wäre es beispielsweise, wenn eine Datenstandardisierung bei den Hochschulen und Forschungseinrichtungen dazu führen würde, auf jegliche spezifische Datenerhebung zu verzichten.

7. Die Balance bei der Nutzung von indikatorengestützten Leistungsvergleichen vs. Evaluationen/Peer Reviews kann verbessert werden.

In Deutschland gibt es im Bereich Forschung weitaus mehr Informationsangebote zur indikatorengestützten Leistungsbeurteilung als im Bereich Lehre und Studium. Umgekehrt gibt es im Bereich Lehre und Studium sehr viel mehr intermediär tätige Einrichtungen, die Evaluationen/Peer Reviews durchführen als im Bereich Forschung. Ein Stück weit liegt diese Asymmetrie an der zugrundeliegenden staatlichen Governance: Die Evaluationsorientierung in der Lehre hängt mit dem deutschen Akkreditierungssystem zusammen, welches vorschreibt, dass Studiengänge bzw. Qualitätssicherungssysteme für Lehre und Studium durch eine Agentur auf Basis eines Peer Reviews zertifiziert werden müssen. Der internationale Leistungsvergleich anhand von Forschungsindikatoren hat Eingang in die Scientific Community gefunden und ist, wie das Beispiel „Bibliometrie“ zeigt, in Teilen selber zu einem Wissenschaftszweig geworden. Ähnliches lässt sich über evaluationsgestützte Informationen zu Lehre und Studium nicht sagen. Indikatorengestützte Leistungsvergleiche bezogen auf Lehre und Studium sind auch international betrachtet eher selten. Mehr Ausgeglichenheit in den Angeboten intermediär tätiger Informationsproduzenten in dieser Hinsicht könnte somit tendenziell auf mehr Ausgeglichenheit im Einsatz der Steuerungsinstrumente beruhen. Zu fördern wären – je nach Zweck - dann beispielsweise Instrumente wie das „informed peer review“, welches die Indikatormessung und Peer Review kombiniert sowie darauf aufbauende Entscheidungsprozesse innerhalb der Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

8. Wissenschaftsbezogene Informationsstrukturen in Deutschland müssen die zunehmende Internationalisierung angemessen berücksichtigen.

Die europäische und generell internationale Vernetzung sowohl innerhalb der Wissenschaft als auch auf der politischen Ebene steigt. Vor diesem Hintergrund konnte die vorliegende Untersuchung zeigen, dass auch die Zahl der Einrichtungen mit Sitz im Ausland, die mit Informationsangeboten im deutschen Wissenschaftssystem aktiv sind, deutlich zugenommen hat und zwar vor allem seit Ende der 1990er Jahre. Das betrifft weniger den Bereich Lehre und Studium, wo insgesamt 14 in Deutschland tätige ausländische Akteure identifiziert werden konnten, als vielmehr den Bereich Forschung. In diesem Sektor sind 20 ausländische Akteure zu finden, darunter eine Reihe von Anbietern bibliometrischer Daten. Deutschland sollte diese Situation in Überlegungen zur Weiterentwicklung des Systems mit einbeziehen. So kann beispielsweise der Ausbau nationaler bibliometrischer Informationssysteme nicht ohne Blick auf das internationale Feld geplant und gestaltet

werden. Speziell der kommerzielle internationale Markt für indikatorengestützte Leistungsvergleiche bezogen auf die Forschung und in eingeschränkter Form auch bezogen auf Lehre und Studium wird derzeit von ausländischen Anbietern dominiert. Das bedeutet nicht, dass auch in Deutschland in diesem Bereich zwangsläufig eine zunehmende Kommerzialisierung einsetzen wird. Gleichwohl müssen sich sowohl der deutsche Staat als Hauptauftraggeber von Informationsangeboten zur Beurteilung wissenschaftlicher Leistungen als auch die in Deutschland ansässigen Informationsproduzenten mit dieser Entwicklung auseinandersetzen und sich dazu verhalten. Dabei ist auch zu reflektieren, dass nicht nur der internationale Wettbewerb mit kommerziellen Datenanbietern Wirkungen auf das in Deutschland verfügbare Informationsangebot nach sich zieht. Auch der verstärkte internationale Wettbewerb zwischen Non-Profit-Organisationen muss in diesem Zusammenhang mit Blick auf ein zukunftsfestes System auf seine Effekte hin geprüft werden.

9. Die Vielfalt der im deutschen Wissenschaftssystem aktiven Einrichtungen und ihrer Informationsangebote ist eine Stärke, die erhalten bleiben sollte.

Nicht die Menge, aber die Vielfalt der in- und ausländischen Institutionen, die im deutschen Wissenschaftssystem mit Informationsangeboten aktiv sind, ist eine Stärke. Dadurch steht Auftraggebern und Nutzern ein breites Datenangebot zur Verfügung, aus dem sie nach ihren Bedürfnissen wählen können. Eine weitere Stärke ist, dass sich unter den Informationsproduzenten mit Sitz in Deutschland etliche finden, die in ihrem Portfolio sowohl die Bereiche Forschung als auch Lehre und Studium abdecken. Das ist in den im Rahmen dieser Studie untersuchten Vergleichsländern nicht so. So sind in Großbritannien die Akteure, die Daten für die Beurteilung wissenschaftlicher Leistungen bereitstellen, strikt nach Forschung einerseits sowie Lehre und Studium andererseits getrennt. Eine Gefahr dabei ist, dass der Gesamtblick auf Hochschulen und Forschungseinrichtungen verloren geht. Natürlich erscheinen Spezialisierungen sinnvoll, gerade wenn man wie im Bereich der Bibliometrie sehr spezielles Fachwissen zur Generierung von Daten braucht. Dass es aber in Deutschland gleichzeitig eine erhebliche Zahl von Institutionen gibt, die Informationen sowohl zu Forschung als auch zu Lehre und Studium bereitstellen, stärkt die integrierte Sichtweise und sollte beibehalten werden.

10. Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollten in der Rolle als Nutzer von Informationen gestärkt werden sowie selbst gestaltend über ein „Transparenzmanagement“ eingreifen.

Autonomie und Datentransparenz gehören im deutschen Governance-System untrennbar zusammen - dies sollte von Hochschulen und Forschungseinrichtungen durch eine entsprechende Selbstverpflichtung im Rahmen der Steuerungslogik aufgegriffen werden. Das bedeutet nicht, dass Hochschulen und Forschungseinrichtungen zwangsläufig für jegliche Datenerhebungen zur Verfügung stehen, ungeachtet ihres Zwecks und Nutzens. Vielmehr sollten sie den Umgang mit der Lieferung und Verwendung von Daten professionalisieren, indem sie die Gestaltung von Transparenzinstrumenten systematisch „managen“. Dazu gehört z.B. auch, bei den Informationsproduzenten Veränderungen einzufordern, wenn verschiedene Produzenten mit unterschiedlichen Messdefinitionen denselben Sachverhalt erheben. Insgesamt sollte die Rolle von Hochschulen und

Forschungseinrichtungen innerhalb der nationalen Informationsstrukturen deutlich gestärkt werden. Bislang treten die Wissenschaftseinrichtungen eher als Gegenstand von Erhebungen, Evaluationsverfahren und Studien auf. Stattdessen sollten ihr eigener Informationsbedarf mehr in den Vordergrund rücken. Hauptansprechpartner für die Informationsproduzenten ist derzeit noch der Staat, der als Hauptauftraggeber auftritt. Es sollte daher nach Lösungen gesucht werden, den direkten Draht zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen einerseits und Datenanbietern andererseits zu fördern.